

Ein Todesopfer des Gewittersturms.

Aus Kornuburg wird telegraphiert: Als Dienstag und der städtische Oberwachmann Engelbert Mühlbauer mit dem Schießbaren nächst der Schießstätte das Bahngelände übersehen wollte, brachte der Infolge des hereinbrechenden Unwetters erscheinende erkannte Sturm einen auf dem Geleise stehenden Waggon ins Rollen. Mühlbauer wurde von dem Waggon erfasst und überfahren. Er blieb mit zerquetschtem Kopf und anderen schweren Verletzungen am Bahnkörper liegen und wurde nachts von seinem Hute und einer Polizeipatrouille aufgefunden.

Schwere Schäden in Salzburg.

Gestern nachmittag ging über die Stadt und deren Umgebung ein furchtbares Hagelwetter nieder, das in Verbindung mit dem Sturm an Gebäuden, Wäldern, Obst- und Gartenkulturen enormen Schaden anrichtete. Der Schaden in der Stadt allein wird auf etwa eine halbe Million geschätzt. Besonders schwere Schäden werden aus Argolan, Siezenheim, Wals, Egen, Anthersg, Bergheim, Seckirchen, Strahwalchen, Berndorf, St. Gilgen und Neumarkt gemeldet, wo die Feldfrüchte fast ausnahmslos vernichtet wurden.

Wiener Gemeinderat.

Sitzung vom 9. Juli.

Der Gemeinderat verhandelte heute über die Ausgabe von Schatzscheinen im Betrag von zweihundert Millionen Kronen, mit deren Erlös das Defizit gedeckt werden soll. Die Anträge wurden einstimmig beschlossen. Bei der durch die Verhältnisse erzwungenen Erhöhung der Badefarten in den städtischen Bädern erhitzen die Christlichsozialen über die Erhöhung der Extrabäder und Bäder erster Klasse im Theresienbad. Der Magistrat beantragte nämlich, die Badepreise jener Badekategorien, die von der Masse der Bevölkerung benötigt werden, nur wenig, die Preise der Extrabäder und Bäder erster Klasse dagegen stärker zu erhöhen, da die Kreise, die diese Bäder benötigen, die Badekosten zahlen können. Die Einnahmen aus den Badefarten decken die Ausgaben der Bäder nicht. Auch nach dieser Erhöhung wird die Gemeinde auf die Bäder 1.608.381 Kronen daraufzahlen. Der Magistrat hatte Erhöhungen beantragt, die das Defizit auf 412.674 Kronen herabgedrückt hätten. Der Stadtrat hat aber dem nicht zugestimmt, sondern die Brausebäder ohne jede Erhöhung gelassen und auch bei den anderen Bädern und Badeklassen, die von der großen Masse der arbeitenden Bevölkerung benötigt werden, nur kleine Erhöhungen vorgenommen. Bei den höheren Badeklassen hat er natürlich schon etwas stärker zugegriffen. Das suchten die Christlichsozialen abzuwehren, aber die sozialdemokratische Mehrheit des Gemeinderates hat diese Zumutung natürlich abgelehnt. Was sonst noch vom allgemeinen Interesse in der Sitzung war, findet man im Bericht.

Bürgermeister Neumann führt den Vorfall.

Auf eine in der letzten Sitzung vom Vizebürgermeister Hof eingebrachte Interpellation wegen des Fleischschubflusses in Liesing verliest Bürgermeister Neumann eine Zuschrift des Wirtschaftsverbandes Liesing, aus der zu entnehmen ist, dass die Interpellation auf einseitiger Information beruht, deren Urheberschaft zweifellos auf die amtliche Uebernahmsstelle oder den ihr angegliederten deutschösterreichischen Wirtschaftsverband für Viehverkehr zurückzuführen ist. Die fragliche Befreiung für den Liesinger Wirtschaftsverband habe auf die Preishöhe keinen Einfluss genommen und ein Quantum von 360 Schweinefleisch bei dem außerordentlichen Bedarf so gut wie keine Rolle. Der Wirtschaftsverband will den Nachweis führen, dass nur seine private Initiative in der Lage war, die vorliegenden Quantitäten über die Grenze zu bringen und dem direkten Konsum mit Umgehung jeglicher verteuender Zwischenstelle zuzuführen.

Neumann berichtet über die Vergabe von Bauarbeiten. Mit den in früheren Berichten angeführten Beträgen bezieht sich die Gesamtsumme der bisher angeschriebenen Arbeiten mit rund 248 Millionen Kronen. Die Gesamtsumme der bisher an Unternehmer vergebenen Arbeiten beträgt rund 142 Millionen Kronen. Bei den im Gange befindlichen städtischen Arbeiten wurden in der Woche vom 30. Juni bis 5. Juli nahezu 5200 Arbeiter beschäftigt und es ist eine Erhöhung des Arbeiterstandes zu erwarten.

Es ist eine große Anzahl von

Interpellationen

eingelangt.

Dr. Grün verweist darauf, dass der jüdische Religionsunterricht in den Wiener Volksschulen am Sonntag vormittag stattfindet, wogegen von den Eltern, Lehrern und Ärzten Einspruch erhoben wird. Weiter fordert Dr. Grün in einer Interpellation, dass die unnötige Bepackung der Schulkinder mit Schulutensilien abgestellt werde. — Der Bürgermeister wird beide Angelegenheiten dem Bezirksschulrat zur Kenntnis bringen.

Staret führt darüber Beschwerde, dass einem Sanitätsdiener von dem städtischen Oberbezirksarzt Dr. Wielisch trotz ärztlicher Eignung die Aufnahme in den Dienst nur unter der Bedingung in Aussicht gestellt wurde, wenn der Sanitätsdiener eine Erklärung abgibt, sich keiner Organisation anzuschließen und sich an keinem Streik zu beteiligen. Staret verlangt, dass dieser Fall untersucht werde. — Der Bürgermeister versichert, dass die Angelegenheit genauestens überprüft werden wird.

Franz Wihmann verlangt, dass in der Doppelschule Felberstraße, die bereits vom Militär geräumt ist, die im Hofe dieser Schule befindliche Baracke von der Militärverwaltung weggeschafft werde. — Der Bürgermeister antwortet, dass von der Kriegsbauverwaltung zugesagt wurde, die Schätzung der Baracke unter Bekanntgabe des Verkaufspreises vorzunehmen. Der Magistrat wird beauftragt, die Verhandlungen zu beenden und die Entfernung der Baracke zu veranlassen.

Rudolfine Fleischer verweist auf die Schwierigkeiten der Verhandlungen zur Beschaffung von Kohle und fragt, was der Bürgermeister veranlassen wolle, um einen genügenden Vorrat von Brennholz zu sichern. — Der Bürgermeister berichtet, dass die Gemeinde mit zahlreichen Gutsbesitzern Niederösterreichs Abstoßungsverträge geschlossen hat. Der Abtransport des Holzes ist bereits im Gange und wenn die Verkehrsverhältnisse halbwegs günstig sind, wird es in der kommenden Heizperiode bereits Verwendung finden. Auch in der Umgebung Wiens, im Lainzer Tiergarten, in der Lobau, im Ottakrainer und Dütteldorfer Wald, in

Purkersdorf und Melaminkel, werden Holzschlägerungen vorgenommen und es dürfte auch dieses Holz zu Beginn des Winters in Wien sein. Die Gemeinde würde dann über eine Menge von rund 118.000 Raummeter Holz verfügen. Gegenwärtig liegen auf den Wiener Lagerplätzen 20.000 Raummeter Brennholz, es muß aber schon jetzt wegen der ungenügenden Kohlenvorräte der Küchenbrand durch Brennholz der Gemeinde ersetzt werden.

Brochner verlangt in einer Anfrage die Beseitigung der sanitären Uebelstände im Gaswächzimmer in der Ballgasse, worauf der Bürgermeister bemerkt, dass dieses Wächzimmer in absehbarer Zeit aufgelassen wird.

Zenschli wünscht, dass die Anweisungsformulare für den Bezug erhöhter Fette, Zucker u. s. w. Quoten nicht wie bisher bei den magistratischen Bezirksämtern erhältlich sein sollen und von dort von den Parteien erst in die Zentrale für Krankenernährung im Rathaus gebracht werden müssen, sondern dass die Formulare durch die Bezirksämter an die Zentrale geleitet werden. — Der Bürgermeister bemerkt, dass der gewünschten Forderung nichts im Wege steht und er über ihre Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit erst mit den beteiligten Ämtern Vereinbarungen treffen müsse.

Rudolf Müller (Hernals) interpelliert wegen der schlechten Wirtschaft auf dem Pachgut der Gemeinde Wien in Deutsch-Altenburg. — Der Bürgermeister teilt mit, dass sofort an Ort und Stelle von der Direktion des Landeswirtschaftsamtes direkt interveniert werden wird.

Anträge.

Dr. Schen beantragt die Novellierung der Bauordnung im Sinne der Zulassung der Mansardenwohnungen unter entsprechenden Voraussetzungen.

Schleifer beantragt die Ausdehnung des Mieterschutzgesetzes auf die Wohnungen der Hausbesorger.

Staret stellt den Antrag, die Bestimmungen über die Vorschriften für die Armenpflege dahin abzuändern, dass das Bezirksarmeninstitut wohl das Recht hat, Vorschläge für die Wahl der Armenräte zu erlassen, dass jedoch der Bezirksvertretung in der Auswahl der Personen keinerlei Beschränkung auferlegt wird.

Marie Kramer beantragt, der Gemeinderat wolle beschließen, dass zur Erleichterung sämtlicher auf das Siedlungsgebiet im Wiener Gemeindegebiet und Umgebung bezüglichen Fragen ein dem Wohnungsamt anzugliederndes Siedlungsamt geschaffen werde. Dem Siedlungsamt sind Delegierte gemeinnütziger Korporationen: wie der deutschösterreichischen Gartenstadtgesellschaft, des Reichsverbandes der gemeinnützigen Baugenossenschaften, des Vereines „Die Naturfreunde“ und des Heimatschutzverbandes beizuziehen. Speziell der Frage der Besiedlung des südöstlichen Teiles des Lainzer Tiergartens ist im Einvernehmen mit den genannten Organisationen näher zu treten, damit eine vollkommen unparteiische und soziale Lösung erreicht wird.

Beer beantragt die Wiedererrichtung der Kalkstele auf der Kaiser Franz-Josefs-Brücke nächst dem Inunationsdamm.

Grünfeld beantragt die Wiedererrichtung der Straßenschilder an der Kalkstele Ecke Föhrergasse und Untere Augartenstraße sowie die Räumung der Schule in der Unteren Augartenstraße Nr. 3 von der Stadtschulwache.

Fortner stellt den Antrag, die Fahrpreisbestimmungen der Straßenbahnen für das Tarifgebiet I so abzuändern, dass die Rückfahrkarten an Samstagen schon ab 1 Uhr mittags Gültigkeit haben.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Der Bericht über die Straßenbahnen für 1917/18.

Vizebürgermeister Emmerling referiert über die Verwaltung der städtischen Straßenbahnen im Betriebsjahr 1917/18. Vom Personal waren 5976 Personen eingeküret und der Stand betrug 7490 weibliche Angestellte und 6356 Männer, so dass der gesamte Personalstand über 19.000 Kräfte ausmachte. Die Zahl der beförderten Personen ist von 459 Millionen auf 557 Millionen, daher um 98 Millionen gestiegen, trotzdem die Wagenkilometerleistung von 1084 Millionen auf 1066 Millionen zurückgegangen und eine Verminderung der Trieb- und Anhängewagen um ungefähr 70 Wagen zu verzeichnen gewesen ist. Im Berichtsjahr wurden 205.000 vermundete Soldaten von den Bahnhöfen und Spitälern unentgeltlich befördert. Außer der gewaltigen Beförderung von 557 Millionen Menschen wurden mit 101.613 Kuywagenfahrten 345.433 Tonnen befördert und hiebei 1.577.940 Wagenkilometer geleistet; es ist also die denkbar größte Ausnützung des ganzen Wagenparkes zu verzeichnen. Die Betriebseinnahmen sind um 39,3 Prozent gestiegen; diese Steigerung ist zum Teil auf die Steigerung der Zahl der beförderten Personen und auf die Fahrpreiserhöhung zurückzuführen, die im Berichtsjahr zur Auswirkung kam. Mit der Steigerung der Einnahmen hat leider auch die Steigerung der Ausgaben Schritt gehalten. Die Kriegsauslagen sind von 10,9 Millionen auf 30,2 Millionen gestiegen. Die Gesamteinnahmen betragen 117.793.564 Kronen, die Gesamtausgaben 101.160.918 Kronen, so dass sich ein Reingewinn von 16.132.646 Kronen ergibt. — Zu diesem Bericht spricht Doppel (Christlichsozial), der die Unmännern der Fahrgäste rügt.

Erwerbung der Hafenanlagen in der Freudenau.

Hof beantragt, dass die Kosten der als Kostlandsarbeit vorzunehmenden Erweiterung der Freudenauer Hafenanlagen bis zum Höchstbetrag von 1,5 Millionen Kronen unter der Bedingung bewilligt werden, dass auch der Staat entsprechende Beiträge leistet. Er berichtet weiter über die Erwerbung des Ziegelwerkes nächst der Station Oberlaa der Donauländebahn um den Pauschalpreis von 720.000 Kronen. Das Ziegelwerk ist in der Lage, jährlich 4 Millionen Ziegel zu erzeugen. — Die Anträge werden ohne Debatte angenommen.

Der Augartenpalast für die Jugend.

Vizebürgermeister Winter berichtet über die Benützung des Augartenpalais für Zwecke der Jugendfürsorge. Das Palais wurde bis zum Herbst der Gemeinde unentgeltlich überlassen. Zu dieser Zeit wird dann ein Abkommen wegen weiterer Benützung zwischen Hofräar und Gemeinde getroffen werden. Für die Verpflegung der Kinder, insbesondere jener des Durchzugsheims, wird vorläufig ein Betrag von 50.000 Kronen beansprucht.

Rotter (Christlichsozial) ist gegen die Errichtung der Jugendzentrale im Augartenpalais, da das Gebäude und die Gartenanlagen geschont werden müssen. Er legt Bedenken gegen die Errichtung des Durchzugsheims.

Vizebürgermeister Winter bemerkt, dass vom Jugendamt gewiss das Gebäude und die Anlagen geschont werden. Im Durchzugsheim handelt es sich um obdachlose, krüppelhafte und entgleiste Kinder, die bei den Eltern nicht den natürlichen Schutz finden können und hier so lange untergebracht werden sollen, bis sie in eine Anstalt aufgenommen werden können. Der Referentenantrag wird angenommen.

Subventionen.

Nach einem Antrag des Vizebürgermeisters Winter werden die Subventionsanträge für das Jahr 1918 genehmigt, darunter auch dem Verein „Heilanstalt Alland“ 40.000 Kronen.